

Narjes, Karl-Heinz; Dankert, Piet

**Article — Digitized Version**

## Finanzprobleme der EG

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Narjes, Karl-Heinz; Dankert, Piet (1982) : Finanzprobleme der EG, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 62, Iss. 3, pp. 111-117

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135656>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Finanzprobleme der EG

Am 29. März treffen sich die Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten in Brüssel, um erneut über die britischen Entlastungsforderungen und die prekären EG-Finzen zu beraten. Worum geht es? Karl-Heinz Narjes und Piet Dankert nehmen Stellung.

Karl-Heinz Narjes

### Die EG ist mehr als ein Haushalt

Öffentliche Haushalts- und Finanzierungsfragen haben von jeher als Seismograph politischer Stimmungen und Entwicklungen gewirkt. Das gilt für die Verfassungsgeschichte der Nationalstaaten ebenso wie für die europäische Integration. Die gegenwärtigen Schwierigkeiten des Integrationsprozesses schlagen sich dementsprechend zwangsläufig in Haushalts- und Finanzproblemen nieder, wenn sie sich auch keineswegs darin erschöpfen.

Die europäische Ebene ist noch eine Ebene im Aufbau, in statu nascendi. Bei aller Einsicht in die Notwendigkeit des Sparens muß deshalb sichergestellt bleiben, daß über die Dotierung der europäischen Ebene kein Einfrieren der Aktivitäten der Gemeinschaft ausgelöst wird. Wir dürfen die Motoren der Integration nicht abstellen und über den Zahlen den politischen Auftrag der Integration weder vergessen noch verdrängen.

Man darf deshalb auch die Analogien zu den nationalstaatlichen Verhältnissen nicht zu weit treiben: Das europäische Aufbauwerk ist ein Unternehmen, das nicht ohne weiteres in die überkommenen Schemata unserer Verfassungen paßt. Das beginnt bereits mit dem überaus komplizierten Zusammenspiel der

Institutionen: Die Schwierigkeiten der letzten Jahre bei der Feststellung des EG-Haushaltes sind letztlich das Ergebnis des Machtkampfes zwischen dem direkt gewählten Parlament und dem Rat. Die Kommission steht als Initiativ- und Ausführungsorgan diesen beiden Teilen der Haushaltsbehörde („autorité budgétaire“) gegenüber.

Insoweit lebt sie in einem natürlichen Spannungsverhältnis doppelter Art. Da ist einmal ihr Verhältnis zum Ministerrat: Haushaltsminister räte zählen seit eh und je zu den unerfreulichsten Ratssitzungen. Regelmäßig wird dort einmal das, was in der politischen Planung für notwendig gehalten und vielfach auch auf höchster Ebene der Regierungschefs bekräftigt wird, mit einigen Federstrichen und ohne zureichende Begründung auf meist kaum vertretbare Dimensionen reduziert. Bei der Wahrnehmung ihrer eigenständigen Aufgabe wird die Kommission sich gerade in Haushaltsfragen immer als natürlicher Verbündeter des Europäischen Parlaments begreifen.

Man hat den Eindruck, daß die Erfolge, die das direkt gewählte Europäische Parlament gerade in diesem Schlüsselbereich des Entscheidungsprozesses der Europäischen Gemeinschaften in den letz-

ten beiden Jahren errungen hat, nicht genügend gewürdigt werden. Durch eine geschickte Ausübung seiner Haushaltsrechte und Kontrollbefugnis hat es die europäische Verfassungsentwicklung um ein ganzes Stück weitergebracht.

Die Diskussion um die EG-Finanzierung ist gerade in der Bundesrepublik in letzter Zeit von einigen Vorurteilen und Fehleinschätzungen geprägt, die dringend der Korrektur bedürfen. Es wird der Vorwurf erhoben, der EG-Haushalt sei bereits überdimensioniert, vor allem aufgrund der ins Uferlose gestiegenen Agrarausgaben.

Dazu nur ein paar Größenordnungen: der EG-Haushalt, also der Haushalt für eine Gemeinschaft von mehr als einer Viertelmilliarde Einwohnern, hat mit 50 Mrd. DM das Volumen des Haushaltes etwa eines der größeren Bundesländer. Im Vergleich zu der Gesamtheit der nationalen Haushalte der Mitgliedstaaten entspricht das gerade 2,5 %. Der Anteil des EG-Haushalts am Bruttoinlandsprodukt der EG-Länder ist nicht einmal ein Prozent. Bei einer Staatsquote von nahezu 48 % im Durchschnitt der EG-Länder – und die Bundesrepublik macht hier keine Ausnahme – kann man das wirklich nicht als übertrieben bezeichnen.

Es heißt zweitens, der EG-Haushalt sei viel zu schnell gewachsen. Tatsächlich haben wir in den 70er Jahren oft zweistellige Zuwachsraten gehabt. Aber: in der gleichen Zeit haben wir die Gemeinschaft um vier Mitgliedstaaten erweitert, was natürlich zu einer Ausweitung des Finanzvolumens und der damit verbundenen Probleme führen mußte. Außerdem haben wir einige neue Bereiche entwickelt, wie etwa die Regionalpolitik, die natürlich Geld kostet, wenn sie etwa gegen das immer gravierendere Regionalgefälle innerhalb der Gemeinschaft bewirken soll. Im übrigen geben Zuwachsraten letztlich nur einen Sinn, wenn man die Ausgangslage berücksichtigt. Und die Gemeinschaft ist eben in allen Bereichen, abgesehen von der Agrarpolitik, noch sehr unterentwickelt.

Schließlich ist die Problematik der EG-Finanzierung in den letzten Jahren stark durch das Problem Großbritannien kompliziert worden, das vor allem durch seine von der übrigen EG unterschiedliche Agrarstruktur bedingt ist. Dieses Problem war übrigens spätestens seit dem Abschluß der Beitrittsverhandlungen vorhersehbar. Und es ist ihm durch verschiedene Vorkehrungen, insbesondere eine relativ lange Übergangszeit, verbunden mit einem spezifischen finanziellen Ausgleichsmechanismus, Rechnung getragen worden. Die wiederholten Kampagnen um „Neuverhandlungen“ in den Folgejahren unter Berufung auf eine sogenannte „unannehmbare Situation“ entbehrten insoweit der Grundlage und mußten das Vertrauen in die Berechenbarkeit und Zuverlässigkeit von Gemeinschaftsentscheidungen unterminieren.

Äußerst umstritten bleibt vor allem die rein kameralistische Argumentation, mit der über Sinn und Zweck der Mitgliedschaft in der Ge-

meinschaft verhandelt wurde. Da in dem Stellungskrieg um Finanzbeiträge und Haushaltsquoten auch die Pressepolitik engagiert ist, versteht es sich, daß in diesem Verwirrspiel Zahlen und Begriffe nicht zum Nennwert genommen werden sollten. Das gilt auch für das Problem Großbritannien.

Im übrigen hat sich auch die britische Landwirtschaft gerade in letzter Zeit sehr viel rascher an die Daten der Gemeinsamen Agrarpolitik angepaßt, als den Beteiligten bewußt zu werden scheint. So ist für Gerste, Hafer, Milchpulver, Kondensmilch, Käse, Geflügelfleisch die Selbstversorgung erreicht oder übertroffen. Dies führt entsprechend zu höheren finanziellen Rückflüssen aus dem Gemein-

schaftshaushalt, da mehr Erzeugnisse den Interventionsstellen angeboten werden. Die Konsequenz dieses Beispiels ist, daß sich der britische Nettosaldo in den vergangenen Jahren verringerte.

Es ist auch insofern nur folgerichtig, wenn im Falle einer Sonderregelung zugunsten Großbritanniens auf dem Prinzip der Degressivität bestanden wird. Eine andere Konzeption würde dem Prinzip der Einheit des Agrarmarktes und damit einem entscheidenden Element im Bauwerk der Gemeinschaft zuwiderlaufen. Die Kontroverse läuft letztlich auf die Frage hinaus, ob noch die Gemeinschaft der Römischen Verträge oder ein aliud angesteuert wird. Für die Kommission kann es in dieser Hinsicht überhaupt keine Zweifel geben.

Tatsächlich hat die Diskussion um die Verteilung der sogenannten Netto-Positionen einzelner Mitgliedsländer in den letzten Jahren Formen angenommen, die der Konzeption der Gründungsväter von gemeinschaftlicher Solidarität und Integration geradezu Hohn sprechen. Die EG ist mehr als ein Haushalt. Sie soll vor allem anderen dem Frieden, der Selbstbehauptung, der Freiheit und dem Wohlstand Europas dadurch dienen, daß sie seine Einheit herbeiführt und sichert.

Gewiß, eine gerechte Verteilung von Lasten und Pflichten der Mitgliedschaft ist eine legitime politische Forderung, der sich die Kommission in keiner Weise verschließt. Das hat sie mit ihrem Beitrag zu dem widerspruchsvollen Kompromiß vom 30. Mai 1980 deutlich gemacht. Wenn aber der wesentliche Sinn der Mitgliedschaft ausschließlich in der Erzielung eines möglichst günstigen Nettosaldos gesehen wird und alle anderen politischen Aspekte diesem Ziel untergeordnet werden, dann droht eine solche Be-

Die Autoren  
unseres  
Zeitgesprächs:

*Dr. Karl-Heinz Narjes, 58, ist Mitglied der Kommission der Europäischen Gemeinschaften für den Bereich Binnenmarkt und Zollunion, Umwelt und Verbraucherschutz, industrielle Innovation und nukleare Sicherheit. Er war u. a. von 1969 bis 1973 Wirtschafts- und Verkehrsminister von Schleswig-Holstein.*

*Piet Dankert, 48, Sozialist aus den Niederlanden, wurde am 19. Januar zum neuen Präsidenten des Europäischen Parlaments gewählt. Er ist seit 1977 Mitglied des Europaparlaments und war Vizepräsident und Gesamtberichterstatte des Parlaments für den Haushaltsplan 1980.*

trachtungsweise, die Gemeinschaft in ihrer Substanz auszuhöhlen.

Eine solche Optik sollte sich auch schon deshalb verbieten, weil sich die wichtigsten Teile der gemeinschaftlichen Politik einer haushaltsrechtlichen Quantifizierung überhaupt entziehen. Das beginnt schon mit sehr substantiellen wirtschaftlichen Elementen, wie etwa den positiven Auswirkungen der Expansion des gemeinschaftlichen Binnenhandels auf Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaften.

Nicht quantifizierbar sind auch andere unbestreitbare politische Vorteile, die jeder Mitgliedstaat aus dem gemeinschaftlichen Auftreten der gesamten Gemeinschaft ziehen kann – sei es in der Welthandelspolitik (GATT), der Entwicklungspolitik (Lomé-Abkommen) oder der Außenpolitik (EPZ). Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Gemeinschaft auf allen diesen Gebieten allen Mitgliedstaaten – den großen wie den kleinen – Aktionsmöglichkeiten eröffnet und Sicherheiten bietet, die für sie von vitalem Interesse sind.

Die Hoffnung, aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten herauszufinden, erscheint so lange wenig aussichtsreich, wie versucht wird, in der Öffentlichkeit mit Vorurteilen Politik zu machen. Der Schaden, der durch permanent tendenziöse Darstellung der Dinge in der öffentlichen Meinung angerichtet wird, ist nur schwer wieder zu beheben. Am Ende steht doch immer die Erkenntnis, daß es keine Alternative zur EG gibt. Aber es erweist sich als ungleich schwieriger, eine vernünftige Europa-Politik zu betreiben, wenn der Konsens in der Bevölkerung schwächer wird, d. h. man verliert wertvolle Zeit und hat sich schließlich durch Kurzsichtigkeit die eigene Aufgabe nur unnötig erschwert.

Die Kommission hat deshalb bereits in ihrem Bericht zum Mandat des Ministerrates vom 30. 5. 1980 sehr deutlich gemacht, daß sie entschlossen ist, das Problem über die enge Haushaltsproblematik hinaus in seine eigentliche politische Dimension zu rücken. Es geht ihr um eine Gesamtstrategie für die Gemeinschaft, die diese in die Lage versetzt, ihre Handlungsfähigkeit wiederzugewinnen und die Herausforderungen der 80er Jahre zu bestehen. Dazu gehören die Festigung und der Ausbau des europäischen Binnenmarktes in kontinentalen Dimensionen. Er war der Kern der gemeinschaftlichen Erfolge der ersten 15 Jahre und ist gerade jetzt in der Phase der Rezession protektionistischen Versuchungen und Renationalisierungsbestrebungen des bürokratischen Nationalismus ausgesetzt. Ein dazu von der Kommission dem Europäischen Rat vorgelegtes Dokument hat dessen volle Unterstützung gefunden.

Zur Gesamtstrategie gehört sodann auch eine mehr als verbale Bekräftigung der Wettbewerbspolitik, die durch das Ausufern und die Mißbräuche der nationalen Subventionsinstrumente an Glaubwürdigkeit zu verlieren droht, sowie eine Innovationspolitik, die es der europäischen Industrie erlauben soll, auf dem Weltmarkt erfolgreich gegenüber der japanischen und amerikanischen Herausforderung zu bestehen. Selbstverständlich gehört das unablässige Bemühen um eine gemeinschaftliche Energiepolitik hierher, und vor allem eine deutliche Verbesserung der Wirksamkeit der bestehenden Strukturfonds. Zu ihrer Verbesserung muß insbesondere die Konzentration ihrer Leistungen auf den Mittelmeerraum und Irland gerechnet werden. Ohne diese Konzentration bleiben alle Versprechungen der Solidarität mit dem Mittelmeerraum und der Kon-

vergenz der Lebensverhältnisse in der Gemeinschaft leeres Stroh.

Im Mittelpunkt der Kommissionsvorschläge steht jedoch die Agrarpolitik, der harte Kern unserer aktuellen Probleme. Sie ist in einer Weise zu einer Zielscheibe öffentlichen Unmuts geworden, die kaum mehr mit den Realitäten übereinstimmt. Sie ist in ihrer Anlage besser als ihr Ruf.

In unserem Reformplan zur Agrarpolitik gehen wir davon aus, daß ihre tragenden Prinzipien erhalten bleiben müssen, d. h. Einheitlichkeit der Märkte, gemeinsame Preise, finanzielle Solidarität und Gemeinschaftspräferenz. In diesem Rahmen müssen wir alles tun, um dem Problem der strukturellen Überschüsse beizukommen, das nicht zuletzt das Ergebnis der eindrucksvollen Produktivitätssteigerungen der europäischen Landwirtschaft ist. Lösen wir das Problem der strukturellen Überschüsse nicht, wäre die Europäische Agrarpolitik gefährdet.

Die Kommission muß, um dieses Ziel zu erreichen, ihre vorsichtige Preispolitik fortsetzen. Schon mittelfristig ist die Hoffnung nicht unberechtigt, daß der Abstand der Gemeinschaftspreise zu den schneller steigenden Weltmarktpreisen abnimmt. Eine solche Entwicklung verstärkt die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Agrarprodukte.

Die Kommission wird das Prinzip der Mitverantwortung der Produzenten struktureller Überschüsse nachhaltig ausbauen. Dazu muß sie ihre Interventionen flexibler und haushaltsmäßig kostengünstiger handhaben können. Dabei wird sie für die einzelnen Produkte von Produktionszielen ausgehen, die sich aus der zu erwartenden Binnen Nachfrage ableiten.

Eine solche Reform wird sich in der Praxis, vor allem auch im Be-

reich der Milchprodukte, einschneidender auswirken als das hier klingt. Sie bedarf deshalb der sozialen Abfederung. Zu diesem Zweck werden Einkommensbeihilfen zugunsten von kleinen Betrieben und zur Stützung der Landwirtschaft im Mittelmeerraum ins Auge gefaßt – einer Landwirtschaft, die bisher allzusehr auf der Schattenseite der Entwicklung gestanden hat.

Die Verwirklichung dieses Reformprogramms benötigt, wie alle Strukturreformen, Zeit. Gerade deshalb ist die Kommission entschlossen, so schnell wie möglich mit seiner Umsetzung in die Praxis zu beginnen. Sie ist gerade auch nach einer Analyse der skeptischen Positionen oder gar ablehnenden Stellungnahmen aus den verschiedenen Hauptstädten davon über-

zeugt, daß es keine Alternative zu der von ihr vorgeschlagenen Neuorientierung gibt. Vor allem wäre jeder Versuch einer Renationalisierung der Agrarpolitik finanziell, wirtschaftlich und politisch kostspieliger. Unser Programm sollte vor allem auch gewährleisten, daß die Agrarausgaben in Zukunft nicht schneller steigen als die Haushaltseinnahmen, so daß die Handlungsspielräume für andere Politiken wachsen. Bereits in den letzten beiden Agrarwirtschaftsjahren hat die Kommission dank ihrer Preispolitik und dem Abbau der Überschüsse die Zuwachsrate der Agrarausgaben auf weit weniger als die Hälfte der 70er Jahre absenken können.

Entscheidend aber ist, daß die Gemeinschaft wieder aus der Sackgasse der finanziellen Querelen

heraus und zu einer Konzeption und Politik findet, die ihrer historischen Aufgabe sowie den Erwartungen angemessen ist, die ihr von der Außenwelt entgegengebracht werden. Dazu gehört in erster Linie, daß sich ihre Mitglieder auf die entscheidenden Aufgaben besinnen, die der Europapolitik einst so wertvolle Impulse gegeben haben. Wenn wir uns weiterhin bis hinauf zu den Staats- und Regierungschefs vor der Kulisse eines immer gravierender werdenden Nord-Süd-Konflikts, einer weltweiten Verschiebung der Rohstoff- und Energieversorgungslage oder Ereignissen wie in Afghanistan und Polen in erster Linie mit der Saldenmechanik unseres internen Finanzausgleichs beschäftigen, werden wir diesen Aufgaben in keiner Weise gerecht.

---

## Beim Rat muß sich noch vieles ändern

### Interview mit Piet Dankert

---

WD: Herr Dankert, als Gaston Thorn vor gut einem Jahr sein Amt als Präsident der EG-Kommission antrat, sagte er, mit der Gemeinschaft gehe es bergab, eine Auffassung, die er seitdem nicht geändert hat, wie Äußerungen aus der jüngsten Zeit zeigen. In seiner Rede vor dem Europaparlament kündigte er kürzlich die Absicht der Kommission an zu untersuchen, ob in den Mitgliedstaaten überhaupt noch der politische Wille vorhanden sei, das europäische Aufbauwerk nach der ursprünglichen Idee fortzusetzen. Sehen Sie den Zustand der Gemeinschaft ähnlich pessimistisch?

DANKERT: Ja, ich sehe den Zustand der Gemeinschaft im Augenblick nicht viel optimistischer als der Vorsitzende der Kommission. Auch

ich bin der Meinung, daß sich die Arbeit der Kommission im Rahmen ihres Mandats in der Frage der Agrarpreise und der Frage des britischen Beitrags festgefahren hat. Allgemein ist zu konstatieren, daß es an dem politischen Willen mangelt, die Gemeinschaft voranzutreiben, weil jedermann zu sehr unter dem Eindruck der Haushaltsprobleme im eigenen Lande steht. Immerhin ist der europäische Haushalt, gemessen am BSP der Mitgliedsländer, doch ein sehr beschränkter Haushalt. Die Diskussion um den Netto-Beitrag, die auch in der Bundesrepublik ziemlich lebhaft geführt wird, hilft uns hier nicht weiter. Im Gegenteil, ich glaube, daß sie zu einer Verschärfung der Krise beiträgt, weil es durch sie auch schwieriger wird, den politischen Willen zur Fortent-

wicklung der Gemeinschaft zu mobilisieren.

WD: In der zweiten Märzhälfte werden sich die Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedsländer treffen, um erneut über den Finanzierungsbeitrag Großbritanniens zur EG zu beraten. Die Kommission hat im Rahmen eines Berichts zum Mandat Lösungsvorschläge vorgelegt. Was halten Sie von diesen Vorschlägen?

DANKERT: Die Lösungsvorschläge der Kommission konzentrieren sich auf den Agrarbeitrag und auf die Inanspruchnahme des Agrarfonds im Verhältnis zum Sozialprodukt, wobei vieles noch unklar geblieben ist. Allgemein möchte ich sagen: ich erkenne an, daß es ein britisches Problem gibt, meine aber, daß, nachdem die Zwischen-

lösung jetzt zwei Jahre gedauert hat und im Prinzip noch ein Jahr weiter bestehen kann, jetzt eine Dauerlösung im Rahmen der ganzen Mandatsaufgabe, also integriert in die ganze Umstrukturierung der Gemeinschaftspolitik, gefunden werden muß. Die Gemeinschaft kann es sich einfach nicht leisten, noch für fünf, sechs Jahre eine Sonderregelung mit Großbritannien aufrechtzuerhalten, die nicht die Perspektive bietet, daß das Problem danach gelöst ist. Schließlich gibt es nicht nur in Großbritannien, sondern auch z. B. in Irland und in den südlichen Ländern große Probleme. All diesen Ländern Sonderregelungen einzuräumen, wäre meiner Ansicht nach ein völlig falscher Weg. Was wir brauchen ist eine Umstrukturierung des Haushalts, um die Politiken, die noch in starkem Ausmaß auf die Bedürfnisse der Sechsergemeinschaft zugeschnitten sind, für die Zehnergemeinschaft akzeptabel zu machen.

WD: Sie halten also die britische Forderung grundsätzlich für gerechtfertigt? Hätten aber die Briten bei der Struktur ihrer Volkswirtschaft nicht voraussehen müssen, daß sie in der EG zum Nettozahler werden würden? Und sollte man nicht, wenn sie trotzdem der Gemeinschaft beigetreten sind, erwarten, daß sie sich jetzt an die Spielregeln halten, die ihnen ja im voraus bekannt waren?

DANKERT: Wie ich Ihnen schon gesagt habe, bin ich kein Befürworter einer isolierten Regelung für Großbritannien, weil diese zu weiteren Schwierigkeiten in der Gemeinschaft führen würde. Was die Konditionen angeht, zu denen Großbritannien der Gemeinschaft beigetreten ist, so meine ich, daß man den internen Problemen eines Mitgliedstaates Rechnung tragen sollte. In Großbritannien spielt die Frage der Mitgliedschaft in der EG bzw. die

des Austritts aus der Gemeinschaft eine wichtige Rolle in der öffentlichen Diskussion, und es ist angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse, in denen sich das Land gegenwärtig befindet, sicher nicht einfach, gegenüber der Bevölkerung zu rechtfertigen, daß sie für die Agrarexporte wohlhabenderer Länder zahlen soll. Mir scheint, es ist politisch unumgänglich, hier nach Lösungen zu suchen. Andererseits muß man auch sehen, daß sich die britische Handelsbilanz gegenüber der EG in den letzten Jahren verbessert hat und daß Großbritannien in den letzten beiden Jahren in weit geringerem Umfang Nettozahler war, als von der Kommission damals vorausgeschätzt worden ist. Diese Entwicklungen sollten bei einer Neuregelung mit in Betracht gezogen werden.

WD: Sie haben die Befürchtung geäußert, daß eine Sonderregelung für Großbritannien dazu führt, daß andere Länder für sich entsprechende Regelungen verlangen werden. Tatsächlich hat ja bereits Griechenland, wohl ermuntert durch das Beispiel Großbritanniens, unmittelbar nach seinem Beitritt Neuverhandlungen gefordert.

DANKERT: Ja, und dies wird wohl nicht das einzige Beispiel bleiben. Ich habe den Eindruck, daß wir zum Beispiel mit Spanien in dieselbe Lage geraten werden, wenn wir ihm keine besseren Konditionen bieten als die, die jetzt auf der Basis von *Acquis Communautaire* angeboten werden. Auch in diesem Fall werden weitere Verhandlungen nach dem Beitritt politisch fast unvermeidlich sein. Den Griechen ist nicht genug geboten worden, den Spaniern wird nicht genug geboten werden, also werden sie versuchen, sobald sie in der Gemeinschaft sind, bessere Bedingungen zu erzwingen. Das ist für die Gemein-

schaft ein enormes Problem, weil damit alles wieder stagniert.

WD: Bonn lehnt es nun im Zusammenhang mit den britischen Entlastungsforderungen ab, zum einzigen unlimitierten Nettozahler in der Gemeinschaft zu werden. Ist diese Position der Bundesrepublik, des im letzten Jahr fast alleinigen Nettozahlers, in Ihren Augen gerechtfertigt?

DANKERT: Man sollte nicht nur – und Herr Genscher hat das beim Dreikönigstreffen zum ersten Mal auch ziemlich klar gesagt – die Netto-Position im Haushalt betrachten. Der EG-Haushalt beläuft sich momentan auf 0,8 % des Gemeinschaftssozialprodukts, das ist weniger als z. B. der Anteil der Entwicklungshilfe am holländischen BSP. So gesehen geht es also nicht um enorme Beträge, wenn sie auch in der jetzigen Haushaltslage der meisten Mitgliedstaaten natürlich ins Gewicht fallen. Man muß aber auch die wirtschaftlichen Vorteile sehen, die die Bundesrepublik als Mitglied der EG hat. Ich nehme an, daß diese Vorteile beträchtlich sind und den Netto-Beitrag zum Gemeinschaftshaushalt weit überkompensieren. Ich habe insofern Verständnis für die deutsche Haltung, als man in Bonn konstatieren muß, daß ein Teil der eingezahlten Gelder in relativ reiche Länder wie Holland, Dänemark und Nord-Frankreich fließt. Ich gehe aber davon aus, daß die Vorteile, die die Holländer und Dänen zur Zeit in Form von Haushaltsflows an sich ziehen, verschwinden werden, wenn die Umstrukturierung der Gemeinschaftspolitik gelingt. Die entscheidende Frage ist: Ist die Bundesrepublik bereit, sind die Holländer, sind die Dänen bereit, für die Erhaltung eines gemeinsamen Marktes die Probleme der ärmeren Regionen der Gemeinschaft finanziell auf ihre Schultern zu nehmen? In dieser Frage

sind wir noch nicht sehr weit vorangekommen.

WD: Wenn man akzeptiert, daß die Bundesrepublik und die anderen reichen Länder Nettozahler bleiben bzw. werden müssen, bleibt die Frage, wie man das System so ändern kann, daß die Transfers wirklich aus den reichen in arme Länder fließen und nicht, wie bisher, teils aus reichen in reiche oder sogar aus armen in reiche Länder?

DANKERT: Hier könnte man im Rahmen der Sozial- und Regionalpolitik auf ziemlich einfache Weise viel erreichen. Die Kommission hat bereits Vorschläge gemacht, die in diese Richtung gehen. Allerdings sind unter den heutigen Verhältnissen die für die Sozial- und Regionalpolitik verfügbaren Mittel, verglichen mit den Agrarmitteln, ziemlich beschränkt. Wenn es zu einer stärker auf Mittelmeerprodukte ausgerichteten Agrarpolitik kommt, so wird diese ohne Zweifel auch zu einer entsprechenden Umstrukturierung der Haushaltsströme beitragen.

WD: Wird es denn genügen, eine Umstrukturierung des Haushalts vorzunehmen, oder braucht die EG auch mehr Mittel?

DANKERT: In Anbetracht der Tatsache, daß eine Lösung im Hinblick auf den britischen Beitrag, jedenfalls für noch einige Jahre, gefunden werden muß, daß Agrarpreiserhöhungen finanziert werden müssen und daß jetzt in den Verhandlungen mit Spanien Mandats- und Erweiterungsfragen schon ineinandergreifen, weil man keine Lösung für die Mandatsfrage finden kann, gehe ich davon aus – und Gaston Thorn hat das in seiner Rede vor dem Parlament im Februar auch gesagt –, daß es praktisch nicht möglich sein wird, die Frage der Aufstockung der Eigenmittel hinauszuschieben, bis die Mandatsprobleme gelöst sind.

WD: Sehen Sie dann nicht die Gefahr, daß die zusätzlichen Mittel zur Fortführung der bisherigen Politiken, vor allem der Gemeinsamen Agrarpolitik, benutzt werden?

DANKERT: Ich bin der Ansicht – und das Parlament hat das auch schon mehrfach festgestellt –, daß die Erhöhung der Eigenmittel keine selbständige Entscheidung sein kann, daß sie mit der Umstrukturierung verknüpft werden muß. Es geht nicht an, daß man erst die Eigenmittel erhöht, um dann den Agrarministern die Möglichkeit zu geben, die zusätzlichen Mittel für ihren Haushaltsbereich zu vereinnahmen. Die Erhöhung der Eigenmittel muß ihren Platz in dem gesamten Umstrukturierungspaket finden. Eine Vorgehensweise nach dem Motto „erst mehr Eigenmittel, dann Umstrukturierung“ wäre auch politisch gar nicht durchsetzbar.

WD: Lassen Sie uns noch einmal auf die Gemeinsame Agrarpolitik zurückkommen. Meinen Sie, daß diese Politik mit ihrer häufig kritisierten Tendenz zur Erzeugung von Überschüssen zu sehr hohen Kosten in ihrer bisherigen Form noch lange durchzuhalten ist?

DANKERT: Zunächst einmal: der Gemeinsame Agrarmarkt hat bisher zumindest einigermaßen funktioniert. Es gibt zwar gewisse Probleme – ich denke da z. B. an den Preismechanismus, der bei auseinanderdriftenden nationalen Inflationsraten keine zufriedenstellende Lösung mehr bietet, und an das Problem der nur beschränkt haltbaren Mittelmeerprodukte –, die mir aber nicht unlösbar erscheinen; nur der politische Wille, sie zu lösen, ist nicht immer vorhanden. Die Kosten erscheinen, wenn man nur den Haushalt der Gemeinschaft betrachtet, ziemlich hoch; setzt man sie aber ins Verhältnis zum Sozialprodukt, so ergibt sich schon ein anderes Bild. Stellt man schließlich ei-

nen Vergleich mit den Vereinigten Staaten an, so ergibt sich, daß die haushaltsmäßige Belastung durch die Agrarpolitik dort eine ähnliche Größenordnung erreicht. Das ist der Preis, den wir für einen gemeinsamen Markt zahlen. Das heißt nicht, daß nicht versucht werden soll, die strukturelle Überproduktion abzubauen. Hierzu gibt es auch bereits eine Reihe von Vorschlägen.

WD: Seit der Direktwahl des EG-Parlaments 1979 ist der EG-Bürger in jedem Jahr Zeuge von Kompetenzstreitigkeiten zwischen Parlament, Ministerrat und Kommission im Zusammenhang mit dem Haushalt geworden. „Das Europaparlament und der EG-Ministerrat“, so ein Pressezeitung, „scheinen fest entschlossen, das Ansehen der Gemeinschaft in der Öffentlichkeit noch weiter herabzusetzen.“ Ist die Krise der EG auch eine Krise ihrer Institutionen?

DANKERT: Ich glaube nicht. Wenn es Schwierigkeiten gibt zwischen dem Parlament und dem Ministerrat, so handelt es sich in den meisten Fällen, wenn auch vielleicht nicht in allen, um Konflikte zwischen denjenigen, die die Gemeinschaft vorantreiben wollen, die Gemeinschaftspolitiken weiterentwickeln wollen – und das ist im allgemeinen das Parlament –, und einem Rat, der nicht mehr imstande ist, Gemeinschaftspolitik zu betreiben. Das ist Grund und Erklärung dieser Konflikte, die sich im allgemeinen auf Haushaltskonflikte zugespitzt haben. Das Parlament hat z. B. im Rahmen der Auseinandersetzungen über den Haushalt 1980 wesentlichen Einfluß in der Richtung genommen, daß wir die Entwicklung der Agrarausgaben in der Hand behalten. Ich würde sagen, wenn das gelungen ist – und es ist meiner Meinung nach gelungen –, dann war es den Konflikten wert. Eine andere Frage, in der sich das Parla-

ment mit Erfolg eingesetzt hat, ist die der Gemeinschaftsverantwortung für die Sozialmaßnahmen im Zusammenhang mit der Umstrukturierung der Stahlindustrie. Ich finde, das sind Fragen, bei denen ein Konflikt zwischen Rat und Parlament erlaubt sein muß.

WD: Der Berichterstatter des Haushaltsausschusses des Parlaments, Altiero Spinelli, sagte kürzlich: „Der ganze Mechanismus für die Verhandlungen mit dem Rat ist absolut verrückt und eine teuflische Erfindung, die das Parlament und den Rat geradezu zum Streiten zwingt.“ Teilen Sie diese Auffassung?

DANKERT: In der Tendenz, ja. Bei den Verhandlungen mit dem Rat gibt es große Schwierigkeiten. Dies liegt in erster Linie daran, daß dem Vorsitzenden des Rates von seinen Kollegen ein Mandat erteilt wird, das ihm im allgemeinen keinen Verhandlungsspielraum beläßt; das führt natürlich automatisch zu Konflikten. Das zweite Problem ist, daß das Parlament lediglich im Haushaltsbereich Befugnisse hat und auf all die wichtigen politischen Probleme der Gemeinschaft über seine Befugnisse im Haushalt Einfluß zu nehmen versucht, was wiederum der Rat als sogenannter Gesetzgeber in der Gemeinschaft nicht akzeptieren kann. Es gibt einen Kompetenzwirrwarr, der Spinellis Bemerkungen an sich rechtfertigt. Parlament und Rat sind im allgemeinen bereit zu verhandeln, aber die Mechanismen machen Verhandlungen fast unmöglich.

WD: Sehen Sie eine Möglichkeit, diese Mechanismen zu ändern?

DANKERT: Wenn das Parlament auf der Basis der in den Römischen Verträgen vorgesehenen institutionellen Verhältnisse arbeiten könnte, gäbe es wenig Probleme. Bei Mehrheitsabstimmung im Rat könn-

te man über die Kommission im allgemein-politischen gesetzgeberischen Bereich einen wirklichen Einfluß ausüben. Durch die einstimmige Beschlußfassung im Rat wird aber dieses ganze Verfahren durchkreuzt, und so kommt es zur Blockade. Ich glaube, daß man die momentan vorgeschriebenen Verfahren an die praktische Lage anpassen sollte. Seit 1975 gibt es ein Konzertierungsverfahren für Beschlüsse, die zu wichtigen finanziellen Konsequenzen führen. Wir haben angefangen, mit dem Rat darüber zu reden, dieses Konzertierungsverfahren auf alle Vorschläge der Kommission an den Rat auszudehnen, denen das Parlament besondere Bedeutung zumißt. Auch wenn diese Gespräche zum Erfolg führen, bleibt aber das Problem des fehlenden Verhandlungsspielraumes. In dieser Hinsicht muß sich beim Rat noch vieles ändern.

WD: Als das erste direkt gewählte Europäische Parlament gewählt wurde, betrug die Wahlbeteiligung im Schnitt immerhin 60 %. Inzwischen ist es zu einer gewissen Europamüdigkeit gekommen. Was kann das Europäische Parlament tun, um dieser Europamüdigkeit zu begegnen?

DANKERT: Ich denke doch, daß es der Bevölkerung klarzumachen ist, daß die Weiterentwicklung der Europäischen Integration angesichts all der wirtschaftlichen und politischen Unsicherheiten, die es zur Zeit in der Welt gibt, eine wichtige Sache ist, die auch die Existenz eines Europäischen Parlaments als Überwacher der europäischen Dimension der nationalen Probleme rechtfertigt. Das Parlament hat, meine ich, die Aufgabe aufzuzeigen, daß es gewisse Problembereiche gibt, in denen ohne Europa die nationalen Schwierigkeiten nur noch zunehmen würden. Ich habe den Eindruck, die Wähler nehmen

Europa inzwischen als etwas Gegebenes hin und sehen nur noch die Krisenerscheinungen, die Auseinandersetzungen zwischen den Organen der Gemeinschaft, die Fischereikonflikte usw. Die einzige Institution, die der Bevölkerung ins Bewußtsein rufen kann, daß es sich hier um Begleiterscheinungen eines an sich sehr positiv zu bewertenden Integrationsprozesses handelt, ist das Europäische Parlament. Das Parlament muß gewissermaßen die Rolle des letzten Kämpfers für die Erhaltung und Weiterentwicklung des Erreichten spielen. Der Kommission ist es nicht gelungen, diese Aufgabe zu erfüllen; sie ist zu sehr in das Fahrwasser des Rates geraten, um in dieser Hinsicht noch eine politische Funktion wahrzunehmen.

WD: Im Parlament gibt es gegenwärtig Bestrebungen, die Kommission durch ein Mißtrauensvotum abzusetzen. Halten Sie einen derartigen Schritt für sinnvoll?

DANKERT: Das Mißtrauensvotum ist eine zu wichtige Sache, als daß man es leichtfertig gebrauchen sollte, um die Autorität der Parlamentarier zu stärken. Ich kann mir aber vorstellen, daß das Verhalten der Kommission in der entscheidenden Frage der Umstrukturierung der Gemeinschaftspolitik, die Unfähigkeit der Kommission, ihre eigene politische Rolle in diesem ganzen Umstrukturierungsprozeß zu spielen, dazu führen könnte, daß das Parlament schließlich sagt: „Jetzt reicht es, wir schicken Sie nach Hause, meine Herren!“ Das schließe ich überhaupt nicht aus, das ist Teil des institutionellen Verhältnisses zwischen Parlament und Kommission. Allerdings glaube ich, daß hierfür der richtige Moment noch nicht gekommen ist. Denn man muß sein Dossier erst einmal aufbauen, bevor man es als Waffe gebrauchen kann.